

Inhaltsverzeichnis

1		
2		
3		
4		
5	Entwurf der Tagesordnung	Seite 2
6		
7	Entwurf des Zeitplanes	Seite 3 - 4
8		
9	Geschäftsordnung des 9. Landesparteitages	Seiten 5 - 7
10		
11	Arbeitsgremien des 9. Landesparteitages	Seiten 8 - 9
12		
13	Wahlordnung des 9. Landesparteitages	Seiten 10 - 14
14		
15	Entwurf des Antrages zur Programmdebatte	
16	„Offen für Veränderung - offen für den Dialog. Die neue Linke.“	Seiten 15 - 26
17		
18	Entwurf der Antrages zur Bildung neuer Kreisverbände	Seiten 27 - 30
19		
20	Entwurf des Antrages „Kommunalpolitisches Rahmen-	
21	wahlprogramm“	Seiten 31 - 43
22		
23		
24		
25		
26		
27		
28		
29		
30		
31		
32		
33		
34		
35		
36		
37		
38		
39		
40		
41		

Entwurf

Tagesordnung

5. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt am 23. und 24. September 2006 in Magdeburg

1. Eröffnung des Landesparteitages
2. Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan
3. Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation und zu den vor uns stehenden Aufgaben des Landesverbandes in den Jahren 2006 und 2007
4. Rede zur Einbringung des Antrages zur Programmdebatte
5. Aussprache zur Rede des Landesvorsitzenden und zum Antrag zur Programmdebatte
6. Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei.PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt zur Arbeit der Landtagsfraktion
7. Beschlussfassung über den Antrag zur Programmdebatte
8. Einbringung des Antrages zur Bildung neuer Kreisverbände
9. Aussprache zum Antrag zur Bildung neuer Kreisverbände
10. Beschlussfassung über den Antrag zur Bildung neuer Kreisverbände
11. Eventuelle Nachwahl von Mitgliedern der Landesfinanzrevisionskommission
12. Rede zur Einbringung des Rahmenwahlprogramms
13. Aussprache zum Rahmenwahlprogramm
14. Beschlussfassung zum Rahmenwahlprogramm
15. Weitere Anträge
16. Schlusswort

84 **Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt**
85 **Landesvorstand**

86
87
88

89 Entwurf

90

91 **Zeitplan**

92

93 **5. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt**
94 **am 23. und 24. September 2006 in Magdeburg**

95

96

97 Samstag, 23. 09. 2006

98

99 10.00 Uhr Eröffnung des Landesparteitages

100

101 10.05 Uhr Beschlussfassung über

102 - Tagesordnung

103 - Zeitplan

104

105 10.10 Uhr Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation und zu den

106 vor uns stehenden Aufgaben des Landesverbandes in den Jahren

107 2006 und 2007

108

109 10.40 Uhr Rede zur Einbringung des Antrages zur Programmdebatte

110

111 11.00 Uhr Aussprache

112

113 12.30 Uhr Mittagspause

114

115 13.30 Uhr Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei.PDS im

116 Landtag von Sachsen-Anhalt zur Arbeit der Landtagsfraktion

117

118 13.50 Uhr Fortsetzung der Aussprache

119

120 16.00 Uhr Beschlussfassung über den Antrag zur Programmdebatte

121

122 16.30 Uhr Kaffeepause

123

124 17.00 Uhr Einbringung des Antrages zur Bildung neuer Kreisverbände

125

126 17.20 Uhr Aussprache
127
128 19.00 Uhr Abendessen
129
130 20.00 Uhr Fortsetzung der Aussprache
131
132 21.00 Uhr Beschlussfassung über den Antrag zur Bildung neuer Kreisverbände
133
134 21.30 Uhr Ende des ersten Beratungstages
135
136
137 Sonntag, 24. 09. 2006
138
139 09.00 Uhr eventuelle Nachwahl von Mitgliedern der
140 Landesfinanzrevisionskommission
141
142 09.30 Uhr Einbringung des Rahmenwahlprogramms
143
144 09.50 Uhr Aussprache
145
146 12.00 Uhr Mittagspause
147
148 13.00 Uhr Fortsetzung der Aussprache
149
150 14.00 Uhr Beschlussfassung zum Rahmenwahlprogramm
151
152 14.30 Uhr Behandlung weiterer Anträge
153
154 15.00 Uhr Schlusswort und Ende des Landesparteitages
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165

Geschäftsordnung

des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages am 18. Juni 2005)

166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206

1. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Arbeitspräsidium geleitet.
2. Alle gewählten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern Statut oder Satzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend sind.
3. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.
4. Die Wahl des Arbeitspräsidiums und der Kommissionen erfolgt quotiert in offener Abstimmung und getrennt voneinander. Vorschläge können in jeweils einer gemeinsamen Liste eingebracht werden. Wählbar sind alle gewählten Delegierten des Landesparteitages.
Der Landesparteitag kann zur Unterstützung der Wahlkommission weitere WahlhelferInnen bestätigen, die nicht Delegierte sind.
5. Wortmeldungen sind dem Arbeitspräsidium schriftlich einzureichen. Das Arbeitspräsidium hat das Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der RednerInnen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit für DiskussionsrednerInnen beträgt maximal 5 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die AntragstellerInnen vor Beginn der Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die Delegierten haben das Recht, Anfragen an die DiskussionsrednerInnen zu stellen. Das Arbeitspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an DiskussionsrednerInnen begrenzen.
6. Anträge an den Landesparteitag, die nach Antragsschluss gestellt werden, sind schriftlich einzureichen und erfordern, wenn sie zur Beratung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von mindestens 10 Prozent der Delegierten.
Zur Begründung selbständiger Anträge erhalten zunächst die AntragstellerInnen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 5 Minuten. Es erhält

- 207 jeweils ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort, die
208 Redezeitbegrenzung beträgt 2 Minuten.
- 209 Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der
210 anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
211
- 212 7. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der
213 Antrags- und Redaktionskommission, falls der Landesparteitag nichts
214 anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.
215 Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jeden
216 Delegierten gestellt werden.
217
- 218 8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich und außerhalb der Reihen-
219 folge der eingereichten DiskussionsrednerInnen gestellt werden. Vor der Ab-
220 stimmung darüber erhält ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in
221 dagegen das Wort. Die Redezeit beträgt für Antragsteller/in sowie Für- und
222 Gegenredner/in jeweils maximal 2 Minuten. Bei laufender Abstimmung
223 können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.
224
- 225 9. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmen-
226 mehrheit der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender
227 Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird und sofern Statut oder
228 Satzung nichts anderes bestimmen.
229 Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
230 Die Abstimmung erfolgt durch Erheben der Delegiertenkarte.
231
- 232 10. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der delegierten Frauen
233 ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen
234 werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können
235 nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller Delegierten zurückgewiesen werden.
236 Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages,
237 für die Tagungsmodalitäten macht das Arbeitspräsidium Vorschläge.
238
- 239 11. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des
240 jeweiligen Tagesordnungspunktes gegeben werden. Die Redezeit beträgt
241 maximal 2 Minuten.
242
- 243 12. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung
244 geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit
245 einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.
246
- 247 13. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.

- 248 14. Funktelefone sind im Konferenzsaal auszuschalten.
249
250 15. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit
251 der anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäfts-
252 ordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden
253 Delegierten möglich.
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288

Arbeitsgremien des 9. Landesparteitages

289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329

(Gewählt auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages am 18. Juni 2005)

Arbeitspräsidium

Heidemarie Ehlert	Dessau
Rosemarie Hein	Magdeburg
Katrin Kunert	Stendal
Jana Lankau	Bernburg
Ruth Rothe	Salzwedel
Annemarie Schuhart	Saalkreis
Gudrun Tiedge	Bördekreis
Petra Weiher	Köthen
Achim Bittrich	Halle
Hans-Werner Brüning	Magdeburg
Roland Claus	Halle
Klaus Czernitzki	Ohrekreis
Frank Hoffmann	Dessau
Matthias Höhn	Sangerhausen
Uwe Loos	Wittenberg
Stefan Müller	Mansfelder Land

Antragskommission

Sabine Dirlich	Schönebeck
Regina Frömert	Magdeburg
Sandra Heiß	Merseburg-Querfurt
Angelika Klein	Mansfelder Land
Henriette Quade	Halle
Detlef Eckert	Halberstadt
Frank Thiel	Burgenlandkreis

Mandatsprüfungskommission

Ada Ahrens	Quedlinburg
Monika Krüger	Halle
Renate Schur	Jerichower Land
Wolfram Altekrüger	AG Betrieb und Gewerkschaft
Friedrich Rabe	Bördekreis

330 **Wahlkommission**

331	Monika Andrich	Dessau
332	Halina Anton	AG Bildungspolitik
333	Brigitte Böttcher	Wernigerode
334	Kora Brandner	Burgenlandkreis
335	Ines Daniel	Stendal
336	Anita Graf	Anhalt-Zerbst
337	Ute Haupt	Halle
338	Ilona Iffarth	Saalkreis
339	Heide Schüler	Ohrekreis
340	Kevin Amthor	Merseburg-Querfurt
341	Michael Finger	Merseburg-Querfurt
342	Günter Herder	Bitterfeld
343	Horst Karczmarczyk	Weißenfels
344	Hans-Jörg Krause	Salzwedel
345	Günter Rettig	Stendal

346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370

Ordnung

**für die Wahl der/des Landesvorsitzenden, der StellvertreterInnen,
des/der Landesgeschäftsführers/in, des/der Landesschatzmeisters/in,
der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes,
der Mitglieder der Landesschiedskommission,
der Mitglieder der Landesfinanzrevisionskommission
und der VertreterInnen des Landesverbandes im Bundesparteirat**

(Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages am 18. Juni 2005)

1. Allgemeines

1.1. Die Wahl erfolgt durch den Landesparteitag in geheimer Wahl, getrennt nach Wahlgängen für die Parteiämter und nach Listenwahl für den Landesvorstand, die Landesschiedskommission, die Landesfinanzrevisionskommission und die VertreterInnen des Landesverbandes im Bundesparteirat.

Die Art der Parteiämter ist durch die Landessatzung festgelegt.

1.2. Wahlberechtigt sind die für den 9. Landesparteitag gewählten Delegierten, deren Mandat durch die Mandatsprüfungskommission geprüft und für ordnungsgemäß befunden wurde.

1.3. Wählbar sind alle Mitglieder des Landesverbandes der PDS für den Landesvorstand, die Landesschiedskommission und die Landesfinanzrevisionskommission sowie als VertreterInnen des Landesverbandes im Bundesparteirat der PDS.

1.4. Der Landesparteitag wählt in offener Abstimmung aus seiner Mitte die Wahlkommission. Diese bestimmt ihre/n Vorsitzende/n.

Der Landesparteitag kann zur Unterstützung der Wahlkommission weitere WahlhelferInnen bestätigen, die nicht Delegierte sind.

1.5. Die endgültige Aufstellung der KandidatInnen für die Wahl in die Parteiämter, den Landesvorstand, die Landesschiedskommission, die Landesfinanzrevisionskommission und der VertreterInnen des Landesverbandes im Bundesparteirat und die Diskussion über die Vorschläge werden vom Arbeitspräsidium geleitet.

- 412 1.6. Das Arbeitspräsidium informiert den Landesparteitag über die Vorschläge
413 für die KandidatInnenlisten, die bis zum ersten Beratungstag eingegangen
414 sind. Weitere Vorschläge für Kandidaturen können von den anwesenden
415 Delegierten und Gästen des Landesparteitages unterbreitet werden.
416
- 417 1.7. Die anwesenden Delegierten und Gäste des Landesparteitages haben das
418 Recht, Fragen an die vorgeschlagenen KandidatInnen zu richten, Kandida-
419 turen zu unterstützen und begründete Einwände gegen Kandidaturen
420 vorzubringen.
421
- 422 1.8. Jede/r Kandidat/in ist verpflichtet, auf an sie/ihn gestellte Fragen offen
423 und wahrheitsgemäß zu antworten. Die Zustimmung zur Kandidatur muss
424 erklärt werden. Bei begründeter Abwesenheit erfolgt die Beantwortung von
425 Fragen soweit wie möglich durch die AntragstellerInnen, die den Vorschlag
426 unterbreitet haben, die Zustimmung zur Kandidatur muss schriftlich
427 erfolgen.
428
- 429 1.9. Wird gegen eine Kandidatur kein Antrag auf Streichung gestellt, so ist
430 die/der Kandidat/in auf die Liste gesetzt. Bei Antrag auf Streichung von
431 der KandidatInnenliste entscheidet der Landesparteitag in offener
432 Abstimmung mit einfacher Stimmenmehrheit.
433
- 434 1.10. Jede/r Delegierte hat das Recht, durch Kreuz den KandidatInnen seiner
435 Wahl seine/ihre Stimme zu geben. Dabei darf pro Stimmzettel jede/r
436 Kandidat/in höchstens ein Kreuz haben. Die Anzahl der pro Stimmzettel
437 vergebenen Stimmen darf die Anzahl der für diesen Wahlgang vorhandenen
438 Plätze nicht überschreiten. Andernfalls ist der Stimmzettel ungültig.
439 In jedem Wahlgang ist die Möglichkeit einer Enthaltung vorzusehen.
440 Ist auf einem Stimmzettel kein Name angekreuzt, so gilt dies als Nein-
441 Stimme.
442
- 443 1.11. Die Wahlkommission leitet und sichert den ordnungsgemäßen Ablauf der
444 geheimen Wahl. Sie ermittelt durch öffentliche Auszählung das
445 Wahlergebnis und gibt es dem Landesparteitag bekannt.
446
- 447 1.12. Werden Mitglieder der Wahlkommission zur Kandidatur vorgeschlagen und
448 auf eine Liste gesetzt, so scheidet sie aus der Wahlkommission aus. Der
449 Landesparteitag kann in diesem Fall Mitglieder in die Wahlkommission
450 nachwählen.
451
452

453 **2. Zur Wahl für Parteiämter**

454

- 455 2.1. In geheimer Abstimmung wählen die Delegierten auf getrennten Listen in
456 Übereinstimmung mit der Landessatzung
457 die/den Landesvorsitzende/n
458 drei stellvertretende Landesvorsitzende (50 % mindestquotiert unter
459 Berücksichtigung der/des Landesvorsitzenden)
460 den/die Landesschatzmeister/in
461 den/die Landesgeschäftsführer/in.

462

463 Die auf diesem Wege gewählten Mitglieder der PDS sind damit zugleich
464 Mitglieder des Landesvorstandes.

465

- 466 2.2. Ein und dieselbe Wahlfunktion darf nicht länger als 8 Jahre hintereinander
467 von auf Landesebene in Einzelwahl gewählten Mitgliedern des
468 Landesvorstandes (Landesvorsitzende/r, Landesschatzmeister/in, Landes-
469 geschäftsführer/in) ausgeübt werden. Eine abermalige Wahl ist nur dann
470 möglich, wenn mindestens zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten
471 Delegierten einer Wiederwahl zugestimmt haben.

472

473 Zur Feststellung dieses Quorums findet vor dem jeweiligen Wahlgang aber
474 nach der Vorstellung der/des betreffenden Kandidatin/en eine geheime
475 Abstimmung darüber statt, ob der/die betreffende Kandidat/in auf die
476 KandidatInnenliste gesetzt wird. Vor dieser Abstimmung sind zwei Für- und
477 zwei Gegenreden zum Setzen auf die KandidatInnenliste möglich. Wird das
478 erforderliche Quorum von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erreicht,
479 wird der/die Kandidat/in gleichberechtigt auf die KandidatInnenliste
480 gesetzt. Wird dies nicht erreicht, so ist der/die Kandidat/in nicht auf die
481 KandidatInnenliste gesetzt. Bei den Wahlgängen gelten für sie/ihn die
482 gleichen Grundsätze wie bei allen anderen KandidatInnen.

483

- 484 2.3. Die/der Landesvorsitzende, die drei stellvertretenden Landesvorsitzenden,
485 der/die Landesgeschäftsführer/in und der/die Landesschatzmeister/in
486 gelten als gewählt, wenn sie die absolute Mehrheit der abgegebenen
487 gültigen Stimmen auf sich vereinen. Werden hierdurch in einem Wahlgang
488 nicht alle zu besetzenden Plätze vergeben, so ist folgendermaßen zu
489 verfahren: Gibt es mehr nicht platzierte KandidatInnen als noch zu
490 besetzende Plätze, so ist ein neuer Wahlgang mit den (n+1) im vorherigen
491 Wahlgang nicht platzierten KandidatInnen durchzuführen, die die meisten
492 Stimmen erhielten (n=Anzahl der noch zu besetzenden Plätze). Es gilt

493 wieder die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Führt
494 dies zu keinem Ergebnis, wird die Wahl abgebrochen.
495 Gibt es genauso viele nicht platzierte KandidatInnen wie zu vergebende
496 Plätze, wird ein erneuter Wahlgang mit diesen KandidatInnen
497 durchgeführt. Auch hier gilt die absolute Mehrheit der abgegebenen
498 gültigen Stimmen, wird diese nicht erreicht, wird die Wahl abgebrochen.
499 Bei Abbruch der Wahl beschließt der Landesparteitag über die weitere
500 Verfahrensweise.

501

502

503 **3. Zur Wahl des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der** 504 **Landesfinanzrevisionskommission**

505

506 3.1. Der Landesparteitag entscheidet in offener Abstimmung in Überein-
507 stimmung mit dem Statut und der Landessatzung über die Anzahl der
508 Mitglieder der jeweiligen Gremien und Organe.

509

510 3.2. In geheimer Abstimmung wählen die Delegierten die Mitglieder der
511 Gremien und Organe auf getrennten Listen. Bei den zu wählenden Gremien
512 und Organen ist durch Wahl auf getrennten Listen eine 50%ige Mindest-
513 quotierung der Frauen zu sichern. Dazu findet ein erster Wahlgang
514 ausschließlich für Kandidatinnen statt. In einem zweiten Wahlgang werden
515 die restlichen Kandidatinnen und Kandidaten gewählt. Dabei sind die
516 bereits gewählten Parteiämter zu berücksichtigen.

517

518 3.3. Als gewählt gelten die KandidatInnen der jeweiligen Liste, die die meisten
519 Stimmen erhalten haben.

520

521

522 **4. Zur Wahl der Mitglieder des Bundesparteirates der PDS**

523

524 4.1. Die Wahl der Mitglieder des Bundesparteirates erfolgt geheim unter
525 Berücksichtigung des Statuts der PDS, Punkt Parteirat, Abschnitt 24, 28
526 und 30.

527

528 4.2. Der Landesverband der PDS entsendet 4 Mitglieder unter Berücksichtigung
529 der 50%igen Mindestquotierung von Frauen.

530

531 4.3. Im ersten Wahlgang erfolgt die Abstimmung zur Frauenliste. Auf dem
532 Wahlschein stehen die Namen der Kandidatinnen in alphabetischer
533 Reihenfolge. Auf dem Wahlschein dürfen maximal zwei KandidatInnen

534 gewählt werden Gewählt sind die zwei Kandidatinnen, die die meisten
535 Stimmen erhalten haben, mindestens jedoch die Mehrheit der
536 abgegebenen gültigen Stimmen (50 % plus 1 Stimme).

537 Erreicht keine der Kandidatinnen die erforderliche Stimmenzahl, so erfolgt
538 eine Stichwahl zwischen den drei bestplatzierten Kandidatinnen, gewählt
539 sind die beiden, die die meisten Stimmen erhalten. Erreicht nur eine
540 Kandidatin die erforderliche Stimmenzahl, so findet zwischen den beiden
541 nachfolgenden Kandidatinnen eine Stichwahl statt, gewählt ist die
542 Kandidatin mit den meisten Stimmen.

543
544 4.4. Im darauf folgenden Wahlgang werden die restlichen zwei Mandate
545 vergeben. Auf dem Wahlschein stehen die Namen der Kandidaten und der
546 Kandidatinnen, die im Wahlgang zur Frauenliste nicht die erforderliche
547 Stimmenzahl erhalten haben, sofern die betreffenden Kandidatinnen dies
548 wünschen. Auf dem Wahlschein dürfen maximal zwei KandidatInnen
549 gewählt werden. Erreicht keine der KandidatInnen die erforderliche
550 Stimmenzahl, so erfolgt eine Stichwahl zwischen den drei bestplatzierten
551 KandidatInnen, gewählt sind die beiden, die die meisten Stimmen erhalten.
552 Erreicht nur eine/r der KandidatInnen die erforderliche Stimmenzahl, so
553 findet zwischen den beiden nachfolgenden KandidatInnen eine Stichwahl
554 statt, gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.

555
556
557 Die Annahme der Wahlordnung erfolgt mit absoluter Mehrheit der Stimmen der
558 anwesenden Delegierten, für Änderungen der beschlossenen Wahlordnung ist
559 eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich.

560
561
562
563
564
565
566
567
568
569
570
571
572
573
574

577

578

Antrag

579

580

5. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt am 23. und 24. September 2006 in Magdeburg

582

583

584

585

Offen für Veränderung – offen für den Dialog. Die neue Linke.

586

587

588

589 Mit den im Februar 2006 vorgelegten Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg
590 zu einer neuen Linken wurde ein erster Impuls für die Diskussion im Rahmen des
591 Parteinneubildungsprozesses gesetzt. Die Mitglieder der Linkspartei.PDS und der
592 WASG sind aufgefordert, sich in eine konstruktive Debatte um die programma-
593 tische Ausrichtung der neuen Partei einzubringen. Mit diesem Leitantrag wollen
594 wir Erfahrungen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der Linkspartei.PDS
595 einbringen.

596

597 Die Linkspartei.PDS stellt sich als parlamentarische und strömungspolitische Kraft
598 den Ansprüchen, Gesellschaft im Hier und Jetzt zu gestalten und die Diskussion
599 über die Gesellschaft von Morgen anzuregen.

600

601 Wir sind mit einem umfassenden Strukturwandel von der Industriegesellschaft zu
602 einer wissensbasierten Produktion konfrontiert. Das bedeutet nicht das Ende von
603 Warenproduktion und leugnet nicht den Anteil von Wissen in jeder Form
604 industrieller und handwerklicher Fertigkeit. Neu sind die Quantität wissens-
605 intensiver Arbeitsplätze und die verwissenschaftlichte Einbettung der Güterpro-
606 duktion in Forschung und Entwicklung, Marketing und Risikofolgenabschätzung
607 weit über den ökonomischen Bereich hinaus. Unter dem viel diskutierten Begriff
608 der Wissensgesellschaft verstehen wir also die Durchdringung aller Lebens-
609 bereiche durch Wissenschaft und Technik.

610

611 Technische Innovation und veränderte Produktions- und Logistikverfahren haben
612 zu einer Verkürzung und zur Effizienzsteigerung der Produktionszyklen geführt.
613 Wissen ist nicht nur Produktionsmittel, Technik und Ermächtigung, sondern auch
614 entscheidend für das Agieren an den Finanz- und Kapitalmärkten, die sich in den
615 letzten Jahrzehnten von der Warenproduktion weitestgehend abgekoppelt haben.

616 ⇒ Die Antworten auf die Herausforderungen einer sich in diese Richtung
617 verändernden Gesellschaft können nicht die der 1970er und 1980er Jahre
618 sein. **Die tatsächlichen politischen Gegebenheiten und die gesellschaft-**
619 **lichen Rahmenbedingungen sind für uns der Ausgangspunkt politischen**
620 **Handelns. Moderne linke Politik täuscht sich und andere nicht über die**
621 **Bedingungen unter denen sie stattfindet.** Sozialismus in einem Land und
622 gar noch in einem Bundesland wird es nicht geben. Wir leben in einer globalen
623 Welt. Unter dem Mantel der Globalisierung versucht die Lobby der
624 transnationalen Konzerne die Verwertungsbedingungen für das Kapital zu
625 Lasten der Armen und immer ärmer werdenden in einer militärisch neu
626 gerichteten Welt maximal auszulasten. Dieser Kurs ist gefährlich. Er birgt
627 unabsehbare Risiken nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Existenz
628 der Erde selbst. Doch es gibt auch Chancen der Globalisierung für eine
629 nachhaltige, ökologische, demokratische, soziale und antipatriarchalische
630 Welt.

631
632 ⇒ Die Globalisierung ist ein nicht umkehrbarer Prozess. Die Ausweitung des
633 Welthandels, die Entwicklung globaler Finanzmärkte, die Zunahme von
634 Migrationsbewegungen basieren u.a. auf der Zunahme der internationalen
635 Arbeitsteilung und der Herausbildung eines internationalen Arbeitsmarktes.
636 Das fordert ein völlig neues Herangehen linker Politik. Traditionelle Konzepte,
637 die sich in einem engen nationalstaatlichen Rahmen bewegen, funktionieren
638 schon im europäischen Raum nicht mehr. **Die Forderung eines Anti-**
639 **kapitalismus mit nationalen und etatistischen Vorzeichen ist nicht nur**
640 **politikfern, sie ist das Tor zu nationalistischer, antisemitischer und**
641 **fremdenfeindlicher Mobilisierung.**

642
643 ⇒ Um eine demokratische, sozial-ökologische, solidarische und antipatriarchale
644 Umgestaltung der Gesellschaft durchzusetzen, braucht es ein breites Bündnis,
645 das nicht nur Hartz IV-Betroffene und Arbeitslose umfasst. Gesellschaftliche
646 Veränderungen brauchen den Druck aus großen Teilen der Gesellschaft.

647
648 ⇒ **Unsere Konzepte – gleich ob in Opposition oder Regierungsverantwortung**
649 **– müssen realistisch, finanzierbar und funktional sein.** Sie müssen das
650 Wechselspiel zwischen der Produktivkraftentwicklung mit den sich daraus
651 ergebenden neuen Prozessen in Wirtschaft und Gesellschaft einerseits und der
652 politischen Strategie und den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung
653 andererseits berücksichtigen. Unsere politischen Angebote wie z.B. das aus
654 der Arbeit der Landtagsfraktionen heraus entstandene Steuerkonzept oder die
655 2004 in Zusammenarbeit mit den beiden Bundestagsabgeordneten, dem
656 Parteivorstand und den Landtagsfraktionen entstandene Agenda Sozial sind

657 kein Sammelsurium von Heilserwartungen, sondern transparentes verantwortungsvolles Gestalten im Sinne programmatischer Grundsätze, die sich auch
658 den vorhandenen Spannungsfeldern und Widersprüchen nicht verschließen,
659 sondern sich damit auseinandersetzen.
660

661

662 ⇒ **Die Linkspartei.PDS bekennt sich zu dem politischen Willen, die eigenen politischen Vorstellungen und Konzepte in Regierungsverantwortung umsetzen zu wollen, wenn es dafür politisch handlungsfähige Mehrheiten gibt.** Dass wir dabei um den eigenen gewichtigen politischen Einfluss ringen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Linkspartei.PDS ist sich jedoch bewusst, dass politische Verantwortung in einer Koalition immer auch Kompromisse erforderlich machen. Das ist für uns kein notwendiges Übel, sondern eine unverzichtbare Form der politischen Bewegung, die eine der Grundlagen für das Gelingen einer parlamentarischen Demokratie ist. Linke Politik auf Landesebene ist nicht auf die Funktion eines Transmissionsriemens bundespolitischer Entscheidungen zu reduzieren, sondern ein eigenes politisches Handlungsfeld im Rahmen des föderalen Systems der Bundesrepublik.
674

675

676 ⇒ Die Linkspartei.PDS hat gelernt, mit unterschiedlichen Rollen in den gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen produktiv umzugehen. Auch in Regierungsverantwortung finden soziale Proteste mit ihren emanzipatorischen Forderungen und Vorschlägen unsere Unterstützung. Gleichwohl wissen wir, dass die Verlässlichkeit als politischer Partner auch erfordert, sich an Kompromissen zu orientieren. Dieses durchaus widersprüchliche Feld politischen Handelns erfordert immer die Bewertung des Einzelfalls und einen verantwortungsvollen Prozess des Abwägens. **Wir stehen nicht für eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis, sondern für verantwortungsvolle politische Abwägung von Chancen und Risiken für unsere politischen Vorhaben und Konzepte in der Gesamtheit. Regierungsbeteiligungen bedürfen der kritischen und solidarischen Begleitung in der Sache, nicht aber ihrer fortwährenden Infragestellung.**
688

689

690 ⇒ Soziale Bewegungen sind für uns ein Indikator für eine lebendige Demokratie. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Parteien und soziale Bewegungen in der Gesellschaft unterschiedliche Funktionen, verschiedene Stärken und Schwächen ausfüllen. Für nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen ist ein konstruktives Miteinander nötig. Es geht uns nicht um die einfache Übernahme politischer Forderungen aus den sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und anderer Verbände und Akteure, sondern um die kritische Auseinandersetzung und gegebenenfalls die Qualifizierung der politischen
697

698 Alternativen im fairen und konstruktiven Miteinander. Diese Erfahrungen
699 müssen auch künftig die politische Neue Linke prägen.
700

701 Die ostdeutschen Landesverbände der Linkspartei.PDS haben in den vergangenen
702 Jahren sehr viel eigene politische Erfahrungen und Impulse in die programma-
703 tische Entwicklung eingebracht. Die PDS im Osten entwickelte sich in einem
704 selbstkritischen und zukunfts-offenen Lernprozess hin zu einer Partei, die in
705 unterschiedlichen strategischen Funktionen - sei es in gestaltender Opposition
706 oder in Regierungsverantwortung - agiert.

707
708 Zugleich war und ist sie die Partei, die Probleme und Sichten derer aufnimmt und
709 politisiert, deren Leben aus den unterschiedlichsten Gründen beim „Aufbau Ost“
710 auf der Strecke blieb ohne dies auf eine enge Ostsicht einzuengen. Nachdrücklich
711 verwies die PDS immer wieder darauf, dass der Osten Deutschlands das
712 Experimentierfeld für Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, für eine
713 neoliberale Umgestaltung der gesamten Bundesrepublik geworden ist. Die
714 Forderung im Grundgesetz nach Schaffung der Gleichwertigkeit der Lebens-
715 verhältnisse klagt nur noch die Linkspartei.PDS ein. Die „blühenden
716 Landschaften“ von Kohl und die „Chefsache Ost“ Schröders sind inzwischen
717 Fußnoten in der Geschichte. Mit den Grundgesetzänderungen im Rahmen der
718 Föderalismusreform werden reiche und arme Bundesländer in der Bundesrepublik
719 weiter auseinanderdriften. Wenn dem von CDU und SPD mehrheitlich gewollten
720 Wettbewerbsföderalismus kein Widerstand in den Bundesländern entgegen-
721 gesetzt wird, werden nicht nur die ostdeutschen Länder auf der Strecke bleiben.
722

723 Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt hat sich in den vergangenen Jahren mit
724 Vorschlägen für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts
725 zu Wort gemeldet, die sowohl die Besonderheiten des Osten berücksichtigten wie
726 auch die rasante Veränderung der Welt nach dem Zusammenbruch des sozia-
727 listischen Weltsystems. Diese Erfahrungen und Standpunkte wollen wir in die
728 programmatische Debatte im Rahmen des Parteineubildungsprozesses ein-
729 bringen. Ein Zurück zu den elitären und wenig emanzipatorischen Ansätzen der
730 klassischen Kapitalismuskritik eines Teils der Westlinken verbietet sich genauso
731 wie ein Zurück zum erfahrenen Staatssozialismus. Der Demokratische Sozialismus
732 bleibt für uns Weg und Ziel. **Wir definieren uns nicht über die Abgrenzung zur**
733 **politischen Konkurrenz, sondern über den eigenen gesellschaftsverändernden**
734 **Anspruch.**

735
736
737
738

739 **Soziale Sicherheit und lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft**

740

741 Die Produktivkraftentwicklung hängt in neuer Qualität von Wissenschaft und
742 Innovation ab. Das hat weitreichende Konsequenzen nicht nur für die Wert-
743 schöpfung, sondern für alle Bereiche des sozialen Lebens. Soziale Sicherheit ist
744 für uns eine notwendige Voraussetzung für die Akzeptanz des rasanten sozialen
745 Wandels, den die Wissensgesellschaft notwendigerweise mit sich bringt, zum
746 Beispiel ein höheres Maß an Flexibilität, an Mobilität und an Individualisierung.
747 Die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft misst sich auch an einem Mehr an
748 sozialer Sicherheit. Für die programmatische Debatte der neuen Linken erscheint
749 uns deshalb eine Reihe von gewonnenen Erkenntnissen aus den Diskussionen der
750 vergangenen Jahre unerlässlich.

751

752 ⇒ **Die Bildungspolitik muss zur Kernaufgabe einer vorsorgenden Sozial-**
753 **politik werden.** Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe wird
754 über den Zugang zu Wissen vermittelt. Das enorme Potenzial von Bildung als
755 Emanzipationstechnik wird in der auf Warenproduktion und Konkurrenz
756 orientierten Gesellschaft nicht ausgeschöpft. Die Linkspartei.PDS muss ihre
757 politischen Anstrengungen darauf richten, die nachgewiesene Abhängigkeit
758 des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft durch einen verbesserten
759 Zugang zu Bildungsangeboten aufzuheben. Nur so kann der Teufelskreis der
760 Reproduktion von sozialer Ungleichheit durch ungleiche Bildungschancen
761 durchbrochen werden. Statt sozialer Auslese ist der freie Zugang zu Bildungs-
762 angeboten, unabhängig von der sozialen Herkunft und den materiellen
763 Möglichkeiten Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe aller
764 Menschen an den gesellschaftlichen Gütern und allen Chancen, die eine
765 Wissensgesellschaft bereithält.

766

767 ⇒ Die Bildungsoffensive der 1970er Jahre in der Bundesrepublik hat unbestreit-
768 bar zu einem Anstieg höherer Abschlüsse und dem Aufstieg der Mittel-
769 schichten zu diesen geführt aber gleichzeitig die Verbindung zwischen
770 Qualifizierung und beruflicher Perspektive gelockert. Der Begriff des
771 „lebenslangen Lernens“ bedeutet die Zumutung, den permanenten Verfall des
772 einmal Gelernten zu akzeptieren, zeigt aber auch die Option einer
773 permanenten Selbstermächtigung des Individuums für gesellschaftliche
774 Teilhabe an. Dies ist nicht nur für die aktive Einflussnahme auf gesell-
775 schaftliche Prozesse erforderlich, sondern umfasst auch den Zwang zur
776 ständigen „Fitness“, um auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren zu können. Die
777 beschleunigte Veränderung der Arbeitswelt erfordert anstelle des Verharrens
778 in einmal erworbenen Qualifikationen **das lebenslange Lernen für alle**
779 **befördern.** Die Bereitschaft, sich neues Wissen, neue Qualifikationen, neue

780 Kompetenzen anzueignen, sich neuen beruflichen Herausforderungen zu
781 stellen, muss Anerkennung in den sozialen Sicherungssystemen finden. Dies
782 ist auch vor dem Hintergrund einer deutlich gestiegenen Lebens-
783 erwartung zu sehen.

784

785 ⇒ Wissen ist auch im Informationszeitalter nicht unumschränkt zugänglich und
786 es bedarf neben dem Erschließen von Wissen auch der Kompetenzen, dieses zu
787 werten und zu gewichten. Es ist eine entscheidende Ressource zur Reflexion
788 über gesellschaftliche Vorgänge. Durch die Digitalisierung moderner Kommu-
789 nikation hat sich die Möglichkeit des Zugangs zu Wissen durch offene
790 Zirkulation enorm vereinfacht. Wissen bleibt aber auch nach seinem bekannt
791 werden und seinem Eingang zum Beispiel in Produktionstechniken dennoch
792 Wissen des Urhebers. Die Linkspartei stellt sich demnach den **medien-**
793 **politischen** Anspruch, zwischen den Interessen des Gemeinwohles und indivi-
794 dueller Urheberansprüche zu vermitteln.

795

796 ⇒ Die öffentlichen Haushalte sind gefordert, **vor allem in Bildung und**
797 **innovative Entwicklungen zu investieren**, und zwar in allen gesellschaft-
798 lichen Bereichen. Die soziale Infrastruktur muss vor allem geprägt sein von
799 vielfältigen Bildungsangeboten für Alte und Junge, für Männer und Frauen,
800 für Erwerbstätige und für Nichterwerbstätige. Investitionen in die Bildung
801 sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Sachsen-Anhalt
802 wird nicht mehr zum Manufakturbetrieb und den Jägern und Sammlern
803 zurückgehen können, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Zukunft Sachsen-
804 Anhalts hängt von Investitionen in Bildung und Forschung ab.

805

806 ⇒ Die zunehmende Individualisierung und eine älter werdende Gesellschaft
807 erfordern sozialpolitisches Handeln. Die sozialen Sicherungssysteme müssen
808 auf den Wandel in den sozialen Beziehungen reagieren. Wir setzen uns dafür
809 ein, dass neben den familiären und nachbarschaftlichen Beziehungen auch
810 soziale Netzwerke wie Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen, vielfältige
811 Formen sozialer Dienstleistungen bestehen und entstehen können und
812 Menschen in hilfebedürftigen Lebenslagen Angebote unterbreiten können.

813

814

815 **Öffentliche Finanzen und Haushaltkonsolidierung zwischen Wunsch und**
816 **Realität**

817

818 Eine wesentliche Grundlage unserer Arbeit war und ist ein verantwortbarer
819 Umgang mit dem Haushalt, der Konsolidierung und Gestaltung gleichermaßen
820 beinhaltet, sind doch die zur Verfügung stehenden Finanzmittel die Voraus-

821 setzung für die langfristige Realisierung einer selbst tragenden Entwicklung
822 Sachsen-Anhalts.

823

824 Angesichts eines bestehenden strukturellen Haushaltsdefizits in Sachsen-Anhalt
825 in Höhe von 1 Mrd. € wird es auch in Zukunft nicht leichter, Politik zu machen,
826 weil es kaum noch Spielräume gibt. Die Antworten von CDU, SPD und FDP auf diese
827 Situation heißen im Land Aufgabenabbau und Sozialverzicht einerseits, im Bund
828 eine Steuerpolitik mit der Zielrichtung einer Umverteilung nach oben andererseits
829 und auf der Ebene der Europäischen Union Einhaltung des Maastrichter Stabili-
830 tätpaktes. Die Linkspartei.PDS hat ein Steuerkonzept vorgelegt, auf dessen Basis
831 die Einnahmen der öffentlichen Haushalte stabilisiert werden und die Aufgaben
832 der öffentlichen Daseinsvorsorge finanziert werden könnten. Da dieses Steuer-
833 konzept aber noch keine Mehrheiten gefunden hat, sind auch wir gezwungen,
834 Prioritäten zu setzen. Die Rahmenbedingungen, unter denen wir handeln, ob als
835 Opposition oder in der Regierung, können wir uns nicht aussuchen.

836

837 Deshalb ist es notwendig, die gegebenen Bedingungen zu kritisieren und
838 gleichzeitig nach Handlungsmöglichkeiten zu suchen.

839

840 Als Linkspartei.PDS können wir das Problem der Verschuldung der öffentlichen
841 Haushalte nicht ignorieren. Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau sind
842 notwendig, um die Spielräume von politischer Gestaltung zu vergrößern. Die
843 wachsenden Zinszahlungen engen diese Spielräume einerseits mehr und mehr
844 ein. Andererseits ist die immer größere Verschuldung von Ländern und
845 Kommunen eine gigantische Umverteilung von öffentlichen Geldern durch Zins-
846 und Tilgungszahlungen in private Hände.

847

848 Ein konsequenter Schuldenabbau ist unter den gegenwärtigen Umständen aber
849 nur durch einen rigorosen Verzicht auf bildungspolitische, wissenschaftliche,
850 soziale und kulturelle Leistungen möglich. Deshalb meinen wir, um Haushalts-
851 konsolidierung und Haushaltgestaltung im Sinne von Strukturentwicklung des
852 Landes wirksam betreiben zu können, kann auch eine moderate Schulden-
853 aufnahme zu verantworten sein. Diese dadurch zur Verfügung stehenden Mittel
854 müssen aber für Zukunftsfähigkeit und Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und
855 Innovation, für Arbeitsplatzbeschaffung eingesetzt werden. Mittel, die heute in
856 Bildung, Wissenschaft und Forschung fließen, können zukünftig innovations-
857 fähige Arbeitsplätze schaffen und Menschen dafür qualifizieren.

858

859 **Partizipative Haushalte oder Bürgerhaushalte** sind für uns ein wichtiger Schritt
860 zur nachhaltigen Demokratisierung von Haushaltspolitik. Es mag angesichts der
861 Notlage vieler Kommunen für manchen verwunderlich sein, dass wir jetzt eine

862 verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Haushalten fordern.
863 Die Kassen sind in fast allen Orten leer, es gibt kaum noch etwas zu verteilen und
864 außerdem haben wir ja auch gewählte Gemeinde- und Stadträte, die dafür
865 zuständig sind. Mit Bürgerhaushalten kann der Haushalt ein Stückchen von dem
866 Mythos des Unabänderlichen verlieren und wieder mehr Politik werden. Es geht
867 hier um eine andere Art Politik zu machen, um Demokratisierung von Haushalts-
868 prozessen.

869
870 Bisherige Erfahrungen mit dieser Form von Haushaltspolitik zeigen, dass sie dort,
871 wo sie praktiziert wird, von immer mehr BürgerInnen angenommen wird. Aber
872 auch für KommunalpolitikerInnen ist ein solcher Bürgerhaushalt eine Heraus-
873 forderung. Denn selbst ihnen bleibt Haushaltspolitik im herkömmlichen Sinne
874 weitgehend verschlossen. Wird der Haushalt transparenter und öffentlich
875 diskutiert – nicht nur, dass der Haushalt als solcher irgendwo im Netz steht –, so
876 wird durch die Demokratisierung dieser Sphäre auch die Legitimität der eigenen
877 Entscheidungen erhöht.

878 Ähnliches gilt für die Verwaltung, die den Haushalt erarbeitet. Durch die
879 Öffentlichkeit wird ihr Handeln stärker als bisher legitimiert. Darüber hinaus kann
880 es auch zu einer höheren Effizienz der Mittelverwendung kommen. Die
881 Erfahrungen sowohl international wie auch aus anderen Bundesländern zeigen,
882 dass dort, wo die BürgerInnen auch über die Gelder wirklich mitentscheiden
883 können, auch kommunales Leben langfristig gesichert werden kann. Mit der von
884 der Landesregierung geplanten Einführung der kaufmännischen Buchhaltung
885 (Doppik) durch die Kommunen und Landkreise wird bei aller Herausforderung
886 durch die neue Form der Haushaltsrechnung zumindest eine Voraussetzung
887 geschaffen, den Haushalt transparenter und an den realen Einnahmen und
888 Ausgaben orientiert zu gestalten.

889

890

891 **Öffentliche Daseinsvorsorge**

892

893 Angesichts der Finanzsituation der Länder und Kommunen fehlen auch in der
894 Linkspartei.PDS die Antworten auf die Fragen, welche öffentlichen Aufgaben
895 Bund, Länder und Kommunen haben, wer welche Aufgaben zu erfüllen hat, welche
896 qualitativen Standards notwendig sind und welche Finanzen dafür notwendig
897 sind. Im Umsetzen der Entscheidungen der Föderalismusreform sind wir
898 gefordert, eigenständige Lösungsangebote vorzulegen.

899

900 Die bis vor ca. 20 Jahren unumstrittene öffentliche Bereitstellung von Leistungen
901 der Daseinsvorsorge ist heute nicht mehr selbstverständlich. Die Ursachen dafür
902 sind vielfältig. Parallel zur wachsenden Finanznot der Kommunen durch sinkende

903 Einnahmen bekam die Daseinsvorsorge eine europäische und internationale
904 Dimension. Neoliberale Politik und Wirtschaft entdeckten das Feld der öffent-
905 lichen Daseinsvorsorge als Profitquelle und nutzten technologische Entwick-
906 lungen, um klassische staatliche Dienstleistungen wie beispielsweise Telekommu-
907 nikation und Postdienste zu kommerzialisieren und dem Markt und Wettbewerb
908 auszusetzen. Dieser Trend bei den bundesweiten Diensten setzte sich auch bei den
909 kleinteiligeren öffentlichen Leistungen der Kommunen wie Wasserversorgung
910 oder Nahverkehr fort.

911
912 Andererseits ändert sich aber auch unser Staatsverständnis. Die Forderungen
913 nach dem mündigem Bürger/der mündigen Bürgerin, nach dem Entstehen einer
914 Bürgergesellschaft, nach der Zivilgesellschaft stehen dem Ruf nach mehr Staat
915 konträr gegenüber. Öffentliche Daseinsvorsorge ist im linken Verständnis die
916 Sicherung der Grundlagen einer bestimmten Qualität des Zusammenlebens. Sie
917 hat zum Ziel, einen bestimmten Typ sozialer Beziehungen, eine bestimmte Form
918 des Zusammenhalts zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Sicherung eines
919 individuellen Existenzminimums aber vor allem eine bestimmte ökonomische,
920 soziale, kulturelle Infrastruktur.

921
922 Der Staat sollte gewährleisten, wo es individuell nötig ist und sich dort wo
923 möglich zurückziehen. Er steht in der Pflicht, gegenüber den Bürgern zu gewähr-
924 leisten und im Recht, gegenüber dem Markt und seinen Defiziten, steuernd
925 einzugreifen. Linke Politik setzt die Schwerpunkte der Steuerung durch den Staat
926 auf die Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit, auf soziale Gerechtigkeit und
927 demokratische Teilhabe.

928
929 Diese „Gewährleistungspflicht“ des Staates zur Daseinsvorsorge schließt nicht die
930 Pflicht ein, eine Aufgabe selbst vorhalten, also wahrnehmen zu müssen und
931 berücksichtigt, dass die Aufgaben sich ständig wandeln, so wie Daseinsvorsorge
932 durch objektive gesellschaftliche Entwicklungsprozesse sich selbst ständig
933 wandelt. Es gibt deshalb auch keinen abschließenden Katalog der Daseins-
934 vorsorge.

935
936 Öffentliche Daseinsvorsorge, ob privat oder öffentlich erbracht, braucht für einen
937 gesicherten Zugang aller einen Bestandsschutz sowie definierte Mindest-
938 standards.

939
940 Den Sozialstaat sehen wir in der Pflicht, die **finanziellen Voraussetzungen** für die
941 sozialen Sicherungssysteme bereitzustellen und nicht zuletzt die **gesetz-**
942 **geberische Kontrolle über wesentliche Qualitätsstandards und Rahmen-**
943 **bedingungen** auszufüllen. Die Angebote sozialer Dienstleistungen sind jedoch

944 vor allem in der Verantwortung der Kommunen und der vielfältigen, weltan-
945 schaulich pluralen, zivilgesellschaftlichen Akteure gut aufgehoben. Die Gestal-
946 tung eines leistungsfähigen, bürgernah und effizient arbeitenden öffentlichen
947 Sektors reduziert sich keineswegs auf die Ausweitung der Beschäftigung im
948 öffentlichen Dienst. Auch hier ist die Linkspartei.PDS gefordert, Aufgaben und
949 Verantwortung vielfältig zu verteilen: auf die Kommunen, den gemeinnützigen
950 privaten Sektor, und an die Bürgerinnen und Bürger. Privatwirtschaftlichem
951 Engagement bei der öffentlichen Daseinsvorsorge stehen wir skeptisch, aber
952 dennoch differenziert gegenüber. Das Maß der Dinge bei der politischen
953 Entscheidungsfindung ist für uns nicht der Profit, sondern der chancengleiche
954 Zugang für alle.

955

956

957 **Demokratisierung und Bürgergesellschaft**

958

959 Die Potenziale, die die Wissensgesellschaft – vor allem die neuen Technologien
960 und Medien – für eine spürbare Demokratisierung der Gesellschaft bereithält, sind
961 nicht zu unterschätzen. Zugang zu Information und Wissen ist eine entscheidende
962 Voraussetzung für demokratische Teilhabe, zivilgesellschaftlichen Einspruch in
963 Politik und Gesellschaft sowie für ein selbstbestimmtes Leben. Das Internet
964 ermöglicht Plattformen für gemeinsames Arbeiten, für die politische
965 Verständigung und die Vernetzung verschiedener gesellschaftlicher Akteure.
966 Nicht zuletzt werden auch die technischen Möglichkeiten für politische
967 Partizipation von BürgerInnen erweitert, z.B. bei Volksentscheiden, Meinungs-
968 umfragen, Bürgerfeedbacks. Andererseits sind die Nutzung und die Stellung von
969 neuen Technologien ein Spiegel der kapitalistischen Gesellschaft, ihrer
970 zivilisatorischen und kulturellen Stärken und Schwächen. Neue Technologien
971 stärken deshalb keineswegs automatisch Demokratie, Engagement und Teilhabe
972 in der Gesellschaft. Dazu bedarf es der politischen Gestaltung.

973

974 Für das politische Handeln der Linkspartei.PDS im Sinne der Nutzung der
975 Potenziale der Wissensgesellschaft für die Stärkung der Demokratie – und zwar
976 der partizipatorischen Demokratie - ist deshalb von entscheidender Bedeutung:

977

978 ⇒ Zuerst bedarf es mehr realer Möglichkeiten der Mitbestimmung für
979 BürgerInnen in Form von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksent-
980 scheidungen. Erst der konkrete Entscheidungsgegenstand, die öffentliche Debatte
981 darüber, niedrigere Beteiligungsquoten und eigene finanzielle Ressourcen für
982 die Akteure machen Teilhabe an Demokratie lebendig.

983 ⇒ Information ist noch kein Wissen, Wissen ist noch keine Weisheit. Um der
984 Neigung von virtueller Partizipation zu Vereinfachung, Polarisierung und

985 Manipulation zu begegnen, bedarf es umfassender Bildung für alle – vor allem
986 der Entwicklung von Medienkompetenz. Wir wollen die kritische Auseinander-
987 setzung mit den Chancen und Risiken der neuen Medien befördern und die
988 individuelle Beurteilungs- und Entscheidungskompetenz von Bürgerinnen und
989 Bürgern stärken.

990 ⇒ Zur Verhinderung einer weiteren digitalen Spaltung der Gesellschaft muss der
991 Zugang zu den technischen Ressourcen der neuen Technologien für alle
992 Bürgerinnen und Bürger möglich sein. Wir wenden uns gegen so genannte
993 Verknappungstechnologien, die den Zugang zu Informationen und Wissen
994 lediglich zur Ware machen.

995 ⇒ Wir setzen uns für einen Abbau rechtlicher und sonstiger einschränkender
996 oder benachteiligender Barrieren beim Zugang zu Informationen ein. Nur die
997 aufgeklärte und wissende Bürgerschaft ist ein starkes Korrektiv zu
998 hierarchischen, intransparenten Strukturen in Politik, Öffentlichkeit und
999 Gesellschaft.

1000

1001

1002 **Demokratischer Sozialismus ist für uns Ziel, Weg und Wertesystem**

1003

1004 Im laufenden Prozess der Parteeineubildung wollen wir unsere Identität erweitern,
1005 aber nicht aufgeben. **Wir sind als Linkspartei.PDS geprägt vom Gründungs-**
1006 **konsens unserer Partei aus dem Jahre 1989. Inhalt dieses Gründungs-**
1007 **konsenses war der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus und dem**
1008 **Poststalinismus. Die geistige Überwindung des darauf basierenden real**
1009 **existierenden Staatssozialismus war und ist ein unumkehrbarer Akt der**
1010 **Emanzipation unserer Partei. Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie ist**
1011 **für uns als demokratische SozialistInnen nicht vorstellbar.**

1012

1013 Wir setzen uns als Ziel eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und
1014 eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Sozialismus ist für uns
1015 eine Bewegung gegen Ausbeutung, patriarchale Unterdrückung, Plünderung der
1016 Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die
1017 Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und
1018 Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln. Menschenrechte sind für uns
1019 unteilbar. **Jedes System, das auf eine Beschränkung von Grund- und**
1020 **Freiheitsrechten zum Selbsterhalt setzt, hat historisch keine Überlebens-**
1021 **chance.**

1022

1023 Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und
1024 Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar
1025 miteinander verbunden sind. Dies ist Ergebnis eines langen und klärenden

1026 Diskurses gleichermaßen. Es beschreibt unsere Maßstäbe, unsere Aufgabe. **Es ist**
1027 **unsere Identität, die wir in den Parteibildungsprozess einzubringen haben,**
1028 **selbstbewusst, aber nicht ausgrenzend.**

1029

1030

1031 **Durch faire und partnerschaftliche Debatte zu einer neuen Linken**

1032

1033 Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt ist sich dessen bewusst, dass im Rahmen
1034 des Parteineubildungsprozesses die Erfahrungen und Erkenntnisse beider
1035 Parteien vielfältig sind. Neben dem, was uns verbindet in unserem Anliegen, eine
1036 sozial gerechtere Gesellschaft zu gestalten, in der die sozialen wie auch die
1037 Bürgerrechte von Menschen ein hoher Wert sind, gibt es auch unterschiedliche
1038 politische Erfahrungen, Konzepte und Prägungen. Ein autoritär und personalisiert
1039 geführter Kampf um eine Meinungsführerschaft ist lediglich geeignet, ein
1040 gemeinsames linkes Projekt zu gefährden. Damit eine neue gemeinsame Linke
1041 zum Erfolgsmodell werden und in der Gesellschaft Akzeptanz und Respekt
1042 gewinnen kann, ist es notwendig, die programmatische Debatte in einem fairen,
1043 selbstkritischen und offenen Dialog zu führen.

1044

1045

1046

1047

1048

1049

1050

1051

1052

1053

1054

1055

1056

1057

1058

1059

1060

1061

1062

1063

1064

1065

1066

1067 **Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt**
1068 **Landesvorstand**
1069 **und**
1070 **Arbeitsgruppe „Bildung neuer Kreisverbände“**

Antrag

5. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt am 23. und 24. September 2006 in Magdeburg

Bildung neuer Kreisverbände im Landesverband Sachsen-Anhalt

1081
1082
1083
1084 Entsprechend der Satzung der Linkspartei.PDS Landesverband Sachsen-Anhalt
1085 Punkt 7. beschließt der Landesparteitag über die Bildung von Regional- bzw.
1086 Kreisverbänden.

Zielstellung:

1087
1088
1089
1090 Unter Beachtung der geltenden Beschlusslage der Linkspartei.PDS Sachsen-
1091 Anhalt sowie der beschlossenen Gebietsveränderung im Land Sachsen-Anhalt
1092 ergibt sich für den Landesverband der Linkspartei.PDS ebenfalls die
1093 Notwendigkeit, die politische, strukturelle und finanzielle Arbeit neu zu
1094 organisieren.

1095
1096 Ziel soll es sein, die Bildung neuer Kreisverbände möglichst zeitgleich mit der
1097 Neugliederung von Landkreisen abzuschließen sowie die kommunalen Wahlen
1098 2007 bereits auf der Basis der Struktur der Neukreise effektiv vorzubereiten.

1099
1100 Dazu sind durch die Kreisvorstände auf der Grundlage der gültigen Beschlusslage
1101 eigenverantwortlich abzusichern:

- 1102
- 1103 • Erhöhung des Verbindlichkeitsgrades untereinander um effektiv gemeinsam
1104 geplante Aktivitäten umzusetzen. Dazu sind in jedem neuen Kreisvorstand
1105 verantwortliche Mitglieder des Kreisvorstandes für die Projekte Mitglieder-
1106 gewinnung, politische Bildung, Öffentlichkeitsarbeit/Presse, Parteileben/
1107 Organisation und Finanzen/Schatzmeister/in zu benennen bzw. zu wählen.

1108

- 1109 • Organisation des sachbezogenen Erfahrungsaustausches der kommunalen
1110 MandatsträgerInnen eines Neukreises bzw. einer Region. Gewinnung von
1111 KandidatInnen für die kommunalen Wahlen 2006/2007.
1112
- 1113 • Die Kreisvorstände initiieren und organisieren eigenverantwortlich für ihren
1114 Verantwortungsbereich die Neuorganisation der Basisstrukturen auf der
1115 Grundlage der kommunalen Verwaltungseinheiten. Dabei sind die geltenden
1116 wahlrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Weiterhin ist zu berücksichtigen,
1117 dass die Formen der Basisarbeit so gestaltet werden, dass möglichst allen
1118 Mitgliedern und zunehmend auch SympathisantInnen der Linkspartei.PDS die
1119 Teilnahme an Basisveranstaltungen und die Teilnahme an Vorhaben der neuen
1120 Kreisverbände ermöglicht wird.
1121
- 1122 • Die Arbeitsfähigkeit der neuen Kreisverbände und der Regionen ist zügig zu
1123 organisieren. Dazu sind die Vorhaben für die Zusammenarbeit auf der
1124 Grundlage der vorhandenen regionalen Erfahrungen und Erfordernisse zu
1125 präzisieren und in den Kreisverbänden und Organisationen der Basis zu
1126 diskutieren. Effektive regionale Arbeitsbeziehungen müssen insbesondere zur
1127 Vorbereitung und Durchführung der Wahlkämpfe 2006/2007 hergestellt
1128 werden.
1129
- 1130 • Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine effektive Arbeitsweise in den neuen
1131 größeren Gliederungen einen erheblichen Abbau der Verwaltungsarbeit
1132 nahezu unerlässlich macht. Deshalb sind die Anstrengungen zur Durch-
1133 setzung des Bankeinzugsverfahrens entsprechend der Finanzordnung der
1134 Linkspartei.PDS in allen Kreisverbänden wesentlich zu erhöhen, um den
1135 Verwaltungsaufwand in den Regionalgeschäftsstellen sowie beim Ehrenamt
1136 auf ein Minimum zu reduzieren.
1137
- 1138 • Öffentlichkeitsarbeit und Aktionsplanung sind im Landesverband, in den
1139 Kreisverbänden und Regionen zu festen Arbeits- und Koordinierungsaufgaben
1140 zu entwickeln. Im Zusammenwirken mit dem Büro für Öffentlichkeitsarbeit und
1141 den Regionalgeschäftsstellen sind solche inhaltlichen, methodischen und
1142 zeitlichen Abstimmungen zu treffen, die auf eine Bündelung der Kräfte wirken
1143 und darauf zielen, mit Aktivitäten bzw. Kampagnen öffentlich breit
1144 wahrnehmbar zu werden.
1145
1146
1147
1148
1149

1150 Beschlussvorschlag:

1151

1152 Der Landesparteitag beschließt, bis zum 31.12.2006 die Bildung neuer
1153 Kreisverbände im Einklang mit der Gebietsreform des Landes Sachsen-Anhalt auf
1154 der Grundlage der Satzung des Landesverbandes abzuschließen.

1155

1156 Die Neuorganisation ist unter Beachtung der Sicherung einer umfassenden
1157 Mitwirkung des einzelnen Mitgliedes an der Willensbildung in der Partei
1158 demokratisch fortzuführen. Die bisherigen Kreisvorstände organisieren
1159 eigenverantwortlich die Verbindung der Organisationen der Basis ihres
1160 Verantwortungsbereiches zu den neu zu bildenden Kreisvorständen auf der
1161 Grundlage des an die Kreise übergebenen Handmaterials. Dort, wo die
1162 Willensbildung der Mitglieder so weit fortgeschritten ist, dass eine effektive
1163 regionale Arbeit bereits möglich ist, können Regionalverbände in Anlehnung an
1164 die staatlichen Planungsregionen gebildet werden.

1165

1166 Der Landesvorstand, der Landesfinanzrat und die Kreisvorstände werden
1167 beauftragt, die finanziellen Neuordnungen bis zum 31.12.2006 zu vollziehen.

1168

1169 Auf der Grundlage der gültigen Beschlusslage und des Gesetzes zur
1170 Kreisneugliederung (LKGebNRG) vom 11.11.2005 (GVBL.LSA S.692) bzw.
1171 eventueller Neuregelungen, die sich aus den noch ausstehenden Bürger-
1172 entscheidungen ergeben, bilden sich die Kreisverbände der Linkspartei.PDS wie folgt:

1173

1174 **Kreisverband der Linkspartei.PDS Börde**

1175 Aus den bisherigen Kreisverbänden Bördekreis und Ohrekreis

1176

1177 **Kreisverband der Linkspartei.PDS Salzland**

1178 Aus den bisherigen Kreisverbänden Bernburg, Schönebeck und
1179 Aschersleben-Staßfurt, ohne den Ortsverband der Linkspartei.PDS
1180 Falkenstein/Harz

1181

1182 **Kreisverband der Linkspartei.PDS Mansfeld-Südharz**

1183 Aus den bisherigen Kreisverbänden Mansfelder Land und Sangerhausen

1184

1185 **Kreisverband der Linkspartei.PDS Saalekreis**

1186 Aus den bisherigen Kreisverbänden Merseburg-Querfurt und Saalkreis

1187

1188 **Kreisverband der Linkspartei.PDS Burgenland**

1189 Aus den bisherigen Kreisverbänden Weißenfels und Burgenlandkreis

1190

1191 **Kreisverband der Linkspartei.PDS Wittenberg**
1192 Aus dem bisherigen Kreisverband Wittenberg und den bisherigen
1193 Gemeinden des Kreisverbandes Anhalt-Zerbst: Bräsen, Brandhorst, Buko,
1194 Cobbelsdorf, Coswig, Düben, Gohrau, Griebo, Griesen, Horstdorf,
1195 Hundeluft, Jeber-Bergfrieden, Kakau, Klieken, Köselitz, Möllensdorf,
1196 Oranienbaum, Ragösen, Rehsen, Riesigk, Senst, Serno, Stackeütz, Thießen,
1197 Vockerode, Wörlitz und Wörpen (*bisheriger Stand*)
1198

1199 **Kreisverband der Linkspartei.PDS Anhalt-Bitterfeld**
1200 Aus den bisherigen Kreisverbänden Bitterfeld und Köthen und
1201 den Gemeinden des Kreisverbandes Anhalt-Zerbst ohne die Gemeinden:
1202 Bräsen, Brandhorst, Buko, Cobbelsdorf, Coswig, Düben, Gohrau, Griebo,
1203 Griesen, Horstdorf, Hundeluft, Jeber-Bergfrieden, Kakau, Klieken, Köselitz,
1204 Möllensdorf, Oranienbaum, Ragösen, Rehsen, Riesigk, Roßlau (Elbe),
1205 Senst, Serno, Stackeütz, Thießen, Vockerode, Wörlitz und Wörpen
1206 (*bisheriger Stand*)
1207

1208 **Kreisverband der Linkspartei.PDS Anhalt-Jerichow**
1209 Aus dem bisherigen Kreisverband Jerichower Land (*bisheriger Stand*)
1210

1211
1212
1213 Der gegründete Regionalverband Harz wird zum **Kreisverband der**
1214 **Linkspartei.PDS Harz** mit dem Ortsverband der Linkspartei.PDS Falkenstein/Harz.
1215

1216 Bei den kreisfreien Städten bildet sich der **Stadtverband der Linkspartei.PDS**
1217 **Dessau-Roßlau** aus dem Stadtverband Dessau und dem Ortsverband Roßlau.
1218

1219 Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand und den Landesparteirat
1220 eventuelle Abweichungen, die sich aus dem Gesetz zur Kreisneugliederung und
1221 aus den Beschlüssen der neuen Kreistage (z.B. Namen der Kreise, Zugehörigkeit
1222 zu einer staatlichen Planungsregion, Bürgerentscheide usw.) nach der
1223 Beschlussfassung durch den Landesparteitag ergeben, einvernehmlich mit den
1224 betroffenen Kreisverbänden neu zu regeln und zu beschließen.
1225

1226
1227
1228
1229
1230
1231

1232 **Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt**
1233 **Mitglieder der Arbeitsgruppe „Kommunales“**

1234
1235
1236

Antrag

1238

1239 **5. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt**
1240 **am 23. und 24. September 2006 in Magdeburg**

1241

1242

1243

Für starke Kommunen
demokratisch, sozial gerecht,
wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig

1244

1245

1246

Kommunalpolitisches Rahmenwahlprogramm

1247

1248

1249

1250

1. Das Profil linker Kommunalpolitik schärfen

1251

1252

1253

1254

1255

1256

1257

1258

1259

1260

1261

1262

1263

1264

1265

1266

1267

1268

1269

1270

1271

Die Landkreise, Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt werden in den kommenden Jahren eine Vielzahl von neuen Herausforderungen unter komplizierten Rahmenbedingungen meistern müssen. Dem werden sich die Mitglieder des Landesverbandes der Linkspartei.PDS und vor allem die kommunalen MandatsträgerInnen unserer Partei stellen. Nur wer nicht stehen bleibt im Beklagen und Bekämpfen von Missständen und nicht kapituliert vor komplizierten Entwicklungsprozessen, sondern moderne, auf das Gemeinwesen orientierte Antworten findet, wird vor Ort gestalten können.

Wie kann Kommunalpolitik unter den Bedingungen der Globalisierung und der europäischen Integration gestaltet werden? Wie kann Kommunalpolitik Schrumpfungprozessen entgegenwirken oder sie für attraktive kommunale Angebote nutzen?

Nirgendwo in der Bundesrepublik Deutschland sind die Kommunen stärker von den demografischen Umbrüchen und Binnenwanderungsprozessen betroffen wie in Sachsen-Anhalt. Das führt zu weit reichenden Folgen für die kommunale Daseinsvorsorge und für die Infrastruktur.

Welche Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich daraus für Kommunalpolitik?

1272 Antworten darauf, wie die Kommunalpolitik auf den Wandel der Arbeitswelt
1273 reagieren muss und welche neuen Felder sich daraus erschließen, müssen
1274 gefunden werden. Das verlangt, eigene Reserven zu erschließen und Bewährtes
1275 auf seine Tauglichkeit zur Lösung gegenwärtiger und künftiger Problemstellungen
1276 zu hinterfragen.

1277
1278 Gleichzeitig wird die Kluft zwischen diesen komplexer und komplizierter
1279 werdenden Aufgaben einerseits und den für die Kommunen dafür zur Verfügung
1280 stehenden eingeschränkten Entscheidungs- und Handlungsspielräumen anderer-
1281 seits immer größer.

1282 Der Landesverband der Linkspartei.PDS wird sich weiterhin konsequent dafür
1283 einsetzen, bundes- und landespolitische Einschnitte für die Kommunen
1284 abzuwenden. Dabei werden wir aber nicht stehen bleiben. Umso engagierter
1285 müssen wir uns vor Ort den neuen Entwicklungsprozessen unter den vorhandenen
1286 Rahmenbedingungen stellen.

1287
1288 Der Landesverband der Linkspartei.PDS wird sich gemeinsam mit den
1289 Kandidatinnen und Kandidaten bei den bevorstehenden Wahlen zu den
1290 Kreistagen, den Landratswahlen, bei Wahlen infolge Städtefusionen oder bei
1291 freiwilligen Zusammenschlüssen zu Einheitsgemeinden auf zwei Grundsätze linker
1292 Kommunalpolitik konzentrieren:

1293
1294 1) Die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse sind stärker in die
1295 Gesellschaft hinein zu verlagern, d.h.: sie mit Bürgerinnen und Bürgern,
1296 mit Vereinen, Verbänden, Institutionen und mit der Wirtschaft vorzubereiten
1297 und umzusetzen. Deshalb gilt es nach einigen Jahren der Diskussion
1298 und zahlreichen Beschlussfassungen, das Leitbild der Bürgerkommune als
1299 Markenzeichen linker Kommunalpolitik im kommunalpolitischen Alltag
1300 konsequent zu entwickeln und mit Leben zu erfüllen. Linke Kommunal-
1301 politik ist Politik zum Mitgestalten.

1302
1303 2) Jede kommunalpolitische Entscheidung soll auf den Prüfstand der sozialen
1304 Gerechtigkeit gestellt werden. Stets ist zu hinterfragen, ob und inwiefern
1305 die Chancengleichheit für Benachteiligte weiter verbessert und gesichert
1306 werden kann. Wir wollen der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und
1307 die Folgen von Armut abfedern, Hilfe - auch zur Selbsthilfe - anbieten,
1308 ohne zu bevormunden.

1309
1310 Natürlich muss jede kommunalpolitische Fragestellung eine auf den Ort und
1311 die Region konkret zugeschnittene Antwort erhalten. Dennoch gibt es **inhalt-**

1312
1313
1314
1315
1316
1317
1318
1319
1320
1321
1322
1323
1324
1325
1326
1327
1328
1329
1330
1331
1332
1333
1334
1335
1336
1337
1338
1339
1340
1341
1342
1343
1344
1345
1346
1347
1348
1349
1350
1351
1352

liche Schwerpunkte unserer kommunalen Programme, die linke Kommunalpolitik erkennbar machen:

- **Zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge** muss die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen auf Grund neuer nationaler Entwicklungsprozesse, aber auch durch internationale Einflüsse, wie Globalisierung und europäische Gesetzgebung, neu gewichtet werden. Dabei wird sich die Linkspartei.PDS inhaltlich strikt am Leitbild einer sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit orientieren. Das bedeutet auch, ökologische, soziale und andere am Gemeinwohl orientierte Aspekte verbindlich als Ziele in die Ausschreibungen und Vergaben von Leistungen aufzunehmen. Das ist umso zwingender, weil tendenziell immer weniger Aufgaben der Daseinsvorsorge durch die Kommunen selbst erfüllt werden. Zu wesentlichen **Kriterien** gehören für uns die qualitative und quantitative Versorgungssicherheit mit universellem und gleichem Zugang für alle. Dazu gehören auch die Beseitigung räumlicher und kommunikativer Barrieren, die Transparenz und die Sicherung eines Kontrollrechtes der kommunalen Vertretungen sowie ein hohes Niveau des Umwelt- und Verbraucherschutzes. Wir engagieren uns dafür, kommunale ggf. auch regionale Leitbilder kommunaler Daseinsvorsorge zu entwickeln. Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen, die Auslagerung wichtiger Angelegenheiten der Kommunen an private Dritte oder der Verkauf von bedeutsamem kommunalen Eigentum sollen grundsätzlich von den Bürgerinnen und Bürgern selbst, also über Bürgerentscheide entschieden werden. Die Kommunen sollen der demografischen Entwicklung entsprechend gestaltet werden und allen Menschen gleiche Teilhabechancen gewährleisten. Wir unterstützen den Wettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ sowie die Einbeziehung des Kriteriums Barrierefreiheit in die Dorferneuerungs- und Stadtumbauprogramme.
- **Die Kinder- und Jugendpolitik** ist ein Kernbereich linker Kommunalpolitik. In Sachsen-Anhalt leben mehr als ein Viertel aller Kinder in Armut. Ihnen Chancengleichheit von der Kindereinrichtung bis zur Berufsbildung zu gewähren, ist Anspruch einer sozial gerechten Kinder- und Jugendpolitik. Wir setzen uns strikt für ein Ganztagsangebot für alle Kinder in Kindertagesstätten ein und wirken darauf hin, ein bedarfsgerechtes Angebot an Formen der Benachteiligtenförderung in der Kommune vorzuhalten. Dazu zählen die Einführung kommunaler Familien- bzw. Sozialpässe und eine umfassende Information über Rechte und Möglichkeiten für die Inanspruchnahme von Vergünstigungen in den einzelnen Lebensbereichen. Der Erhalt der kostenfreien Nutzung von Sportstätten

1353 durch Kinder im kommunalen Bereich ist dabei von besonderer Bedeutung.
1354 Gesellschaftliche Teilhabe der Kinder und Jugendlichen ist nicht nur auf
1355 den Konsum der Angebote zu reduzieren. Sie sollen mitentscheiden, was
1356 sie betrifft. Kommunale Projekte sind bereits in ihrer Planungsphase auf
1357 Kinder- und Familienverträglichkeit zu prüfen. Wir wollen die Trägervielfalt
1358 von den kommunalen und freien Trägern in der Kinder- und Jugendarbeit
1359 vor Ort erhalten.

1360

1361 • **Die kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik** ist für viele
1362 Kommunen nach wie vor ein wichtiges Standbein zur Sicherung der
1363 Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Unser
1364 kommunalpolitisches Engagement richtet sich auf den Erhalt, die
1365 Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Wahrnehmung
1366 sozialer Verantwortung der Unternehmen. Kommunalunternehmen dürfen
1367 nicht benachteiligt werden, deshalb sind durch den Landtag die äußerst
1368 restriktiven Regelungen zur Weiterführung und Neugründung kommunaler
1369 Unternehmen in den §§ 116 ff der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-
1370 Anhalt zu lockern.

1371

1372 • **Durch die Hartz IV-Gesetzgebung** werden in Sachsen-Anhalt tausende von
1373 Arbeitslosigkeit betroffene Menschen und ihre Familien diskriminiert. Die
1374 Linkspartei.PDS sieht sich in der Pflicht, nicht nur Widerstand gegen diese
1375 Diskriminierung zu leisten, sondern vor Ort jeden kommunalen Spielraum
1376 im Interesse der Betroffenen zu nutzen. Dafür sieht die Linkspartei.PDS im
1377 so genannten Optionsmodell durchaus bessere Voraussetzungen als bei der
1378 Kooperation der Landkreise mit den Arbeitsagenturen in den Arbeitsge-
1379 meinschaften. Im Zuge der Kreisgebietsreform wird sich die Linkspartei.PDS
1380 dafür einsetzen, derzeit optierende Kreise auf das gesamte Kreisgebiet
1381 auszuweiten und die Anzahl der für Sachsen-Anhalt zugelassenen Options-
1382 kreise mindestens zu halten. Bei den Arbeitsgemeinschaften sollen
1383 flächendeckend Beiräte diesen Prozess begleiten. Sie sollen nicht nur
1384 Informations-, sondern auch Vorschlags- und Antragsrecht haben.

1385

1386 • **Die kommunale Gesundheits- und Sozialpolitik** muss auf die konkreten
1387 Verhältnisse vor Ort, auf soziale Präventions-, Beratungs- und Unter-
1388 stützungsmaßnahmen und medizinische Betreuungsangebote ausgerichtet
1389 werden. Wir setzen uns für aktivitätsfördernde und auf Hilfe zur Selbsthilfe
1390 gerichtete soziale Projekte ein. Wir fördern die vorrangige Entwicklung
1391 ambulanter Betreuungsformen, um hilfebedürftigen Menschen ein mög-
1392 lichst selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu ermöglichen. Dazu ist
1393 ein gut funktionierendes Netz von Beratungs- und Betreuungsangeboten

1394 sicherzustellen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine qualifizierte
1395 Sozialplanung und Berichterstattung. Die Linkspartei.PDS wird sich dafür
1396 einsetzen, dass die Gleichstellungs- und Behinderten-beauftragten weiter
1397 tätig bleiben können.

1398 Eine ortsnahe und ausreichende medizinische Grundsicherung ist flächen-
1399 deckend zu garantieren. Besonders im ländlichen Raum sind deshalb auch
1400 neue Versorgungsformen zu finden oder alte wieder zu beleben (z.B. der
1401 Einsatz von Gemeindeschwestern). Das System der Krankenhausumlage-
1402 finanzierung ohne ein kommunales Mitspracherecht bedarf der Ver-
1403 änderung.

1404

1405 • **Kunst und Kultur** sind heute wichtige Standortfaktoren in Sachsen-Anhalt.
1406 Theater und Museen, um nur zwei Beispiele zu nennen, sichern und
1407 schaffen Arbeitsplätze, ziehen Touristen an, machen Städte und Gemeinden
1408 attraktiv. Gleichwohl stellen sie aus Sicht der Linkspartei.PDS einen
1409 universellen Wert für die Gesellschaft dar und sind nicht allein auf ihre
1410 Nützlichkeit und Verwertbarkeit zu reduzieren. Die Kultur ist für uns kein
1411 Luxusgut, das wir uns leisten können, wenn es uns finanziell gut geht und
1412 auf das wir verzichten müssen, wenn die Verhältnisse finanziell enger
1413 werden. Die Linkspartei.PDS setzt sich deshalb entschieden für die
1414 Verankerung von Kultur als kommunalpolitische Pflichtaufgabe in Sachen-
1415 Anhalt ein. Dies bringt der Kultur noch keinen Euro mehr, aber nur wenn
1416 die Kultur auf einer Stufe mit anderen wichtigen Aufgaben steht, rückt sie
1417 dahin, wo sie hingehört - in die erste Reihe. Kulturangebote von regionaler
1418 Bedeutsamkeit müssen auch zur Angelegenheit aller Kommunen in der
1419 Region werden. Kulturangebote von landespolitischer Bedeutung, wie
1420 Theater und Orchester, herausragende bauhistorische Zeugnisse, wie
1421 Burgen und Schlösser sowie Gedenk- und Weltkulturerbestätten müssen
1422 durch gemeinsame, verlässliche und langfristige Zusammenarbeit zwischen
1423 Kommunen und dem Land erhalten werden.

1424

1425 • **Der kommunale Umwelt- und Naturschutz** ist eine wichtige Säule
1426 nachhaltiger Entwicklung vor Ort, dem nur unter Einbeziehung der
1427 Einwohnerschaft und der Umweltverbände Rechnung getragen werden
1428 kann. Auch deshalb sind Aktivitäten im Rahmen des Agenda-21-Prozesses
1429 vor Ort neu zu beleben. Die Landesregierung und der Landtag sind
1430 gefordert, die regionalen Planungsgemeinschaften den neuen Erforder-
1431 nissen anzupassen und den Kreistagen ein selbst bestimmtes Handeln in
1432 der Regionalplanung zu ermöglichen. Die Linkspartei.PDS setzt sich ein für
1433 eine ressourcensparende, sozialverträgliche und nachhaltige kommunale
1434 Umweltpolitik. Bei sinkenden Einwohnerzahlen darf es kein Mehr an

1435 Flächen-, Energie- und Rohstoffverbrauch geben. Politik und Verwaltung in
1436 der Kommune sowie Einrichtungen in ihrer Trägerschaft müssen beispiel-
1437 haft vorgehen. Der durch Ortsumgehungen und Neuausweisung von Bau-
1438 und Gewerbegebieten nach wie vor erhebliche Flächenverbrauch ist unter
1439 den gegebenen Infrastrukturbedingungen und der Bevölkerungsentwick-
1440 lung in jedem Einzelfall kritisch zu hinterfragen.

1441

- 1442 • **Kommunen im ländlichen Raum** - insbesondere die Landkreise - tragen
1443 erhebliche Verantwortung zur Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebens-
1444 verhältnisse. In diesen Regionen sind die Folgen von Abwanderung und
1445 demografischer Entwicklung besonders gravierend. In einigen Bereichen
1446 der Daseinsvorsorge, z.B. im ÖPNV, bei der medizinischen Versorgung und
1447 zur Sicherung ortsnaher Bildungsangebote sind neue Formen zu erproben
1448 und rechtliche und finanzielle Ausnahmeregelungen zu treffen, um auch
1449 bei sinkender Anzahl der spezifischen Nutzergruppen eine Grundsubstanz
1450 der Daseinsvorsorge zu ermöglichen. Die Linkspartei.PDS setzt sich
1451 konsequent dafür ein, dass Fördermittel auch für die ländlichen Regionen
1452 zur Verfügung gestellt werden.

1453

- 1454 • **Ein demokratisches Miteinander** vor Ort ist unvereinbar mit jeder Form
1455 von Menschenverachtung, Rechtsextremismus, Rassismus und Fremden-
1456 feindlichkeit. Die Zivilgesellschaft darf rechtsextremes Gedankengut in
1457 keiner Form tolerieren. Die Linkspartei.PDS wird sich dafür einsetzen, dass
1458 Antifaschismus und Antirassismus als kommunalpolitische Grundsätze in
1459 den vielfältigsten Formen mit Leben erfüllt werden. Jegliche Erscheinungs-
1460 formen des Rechtsextremismus müssen deshalb über ordnungsrechtliche,
1461 polizeiliche und juristische Aspekte hinaus als Problem regionaler
1462 Entwicklung wahrgenommen und folglich strategisch verfolgt werden.
1463 Rechtes Gedankengut darf in der alltagskulturellen Erfahrungswelt keinen
1464 Fuß fassen.

1465 Vorhandene Programme, Verbände und Vereine, die sich für die Ächtung
1466 von Gewalt, Intoleranz und Rechtsextremismus einsetzen, gilt es auf Dauer
1467 finanziell und personell zu unterstützen.

1468 Die kommunalen Anstrengungen für eine menschenwürdige Asyl-,
1469 Flüchtlings- und Migrationspolitik sind zu verstärken. Die Kreise und
1470 großen Städte Sachsen-Anhalts sollten die positiven Erfahrungen anderer
1471 Kommunen in der Arbeit von Migrationsbeiräten als politische Interessen-
1472 vertretung von Flüchtlingen sowie Migrantinnen und Migranten als
1473 Instrument aktiver Integrationspolitik nutzen. Das schließt die Einbe-
1474 ziehung der Betroffenen in die Tätigkeit selbstverständlich ein. Unsere
1475 Arbeit wird darauf gerichtet sein, vorhandene Netzwerke, wie z.B.

1476 „Miteinander e.V.“, „Mitmenschen“ oder „Integration durch Sport aktiv“ zu
1477 befördern. Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften werden wir
1478 solche Strukturen in Regionen, in denen diese bisher nicht vorhanden sind,
1479 ins Leben rufen.

1480

1481 • **Die Kommunalverwaltungen** sind unter der politischen Verantwortung der
1482 gewählten KommunalpolitikerInnen in den kommenden Jahren umfassend
1483 zu modernisieren. Eine moderne kommunale Behörde zeichnet sich nach
1484 Auffassung der Linkspartei.PDS durch Transparenz, Flexibilität und
1485 Effizienz sowie Barrierefreiheit aus. Sie bietet Bürgerservice aus einer Hand
1486 (front office) mindestens für beide kommunalen Ebenen ortsnah an und
1487 ermöglicht immer umfassender Mitgestaltungs-, Entscheidungs- und
1488 Wahlrecht per Internet. Besonders im ländlichen Raum ist mobile
1489 Behördentätigkeit zu erproben. Für eine aktive Bürgerschaft gibt es in
1490 modernen kommunalen Behörden feste AnsprechpartnerInnen. Die
1491 Verwaltungsarbeit ist nicht zuständigkeits-, sondern prozessorientiert auf
1492 die Problem- und Lebenslagen der Einwohnerinnen und Einwohner
1493 ausgerichtet. Kontinuierliche berufliche Weiterbildung ist genau so
1494 selbstverständlich für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der modernen
1495 Verwaltung, wie die ständige fachliche und projektbezogene Kontaktpflege
1496 zu den KommunalpolitikerInnen und der Einwohnerschaft.

1497

1498 • **Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker** müssen zur
1499 Bewältigung der neuen Herausforderungen noch höhere Maßstäbe an die
1500 eigene Arbeit anlegen. Höhere Maßstäbe - vor allem hinsichtlich einer
1501 transparenten, demokratischen, auf bürgerschaftliches Engagement ausge-
1502 richteten und fachlich kompetenten Arbeitsweise.

1503 Das bedeutet vor allem: die Herbeiführung von Bürgerentscheiden, das
1504 Aufstellen von Bürgerhaushalten, Rede- und Antragsrecht für Bürger-
1505 initiativen bei sie berührenden Fragen, kontinuierliche Beratungen mit der
1506 Einwohnerschaft, Nutzung der fachlichen und sozialen Kompetenz der
1507 Einwohnerschaft bei der Lösung kommunalpolitischer Problemstellungen,
1508 kontinuierliche Veröffentlichung und Rechenschaftslegung der geleisteten
1509 Arbeit auch über das Internet und regelmäßige Weiterbildung zur
1510 qualifizierten Ausübung des Mandates. Dazu gehört auch eine finanziell
1511 und personell angemessene Ausstattung der Kreistagsfraktionen ein-
1512 schließlich der Möglichkeit, Geschäftsstellen vorzuhalten. Nur über solche
1513 Wege ist es auch möglich, aus der viel beklagten Abhängigkeit von der
1514 Verwaltung zu einem partnerschaftlichen Miteinander zu gelangen. Im
1515 besonderen Maße fühlen sich einer solchen Arbeitsweise Landräte und
1516 BürgermeisterInnen mit dem Mandat der Linkspartei.PDS verpflichtet.

1517 • **Die kommunalen Haushalte** sind nach Auffassung der Linkspartei.PDS in
1518 der Mehrzahl der Kommunen Sachsen-Anhalts strukturell unterfinanziert.
1519 Die KommunalpolitikerInnen mit PDS-Mandat haben und werden sich
1520 verantwortbarer Konsolidierungspolitik nicht verschließen. Jedoch sind die
1521 dafür vorhandenen Spielräume gegenwärtig nahezu ausgeschöpft. Auch
1522 muss berücksichtigt werden, dass bei Fusionsprozessen von Kommunen
1523 weder nahtlos noch adäquat früher beschlossene Konsolidierungs-
1524 programme umgesetzt werden können. Dringend erforderlich ist eine
1525 Neugewichtung so genannter freiwilliger Aufgaben. Die Linkspartei.PDS
1526 wird sich in den Räten und Kreistagen dafür einsetzen, dass Bürger-
1527 haushalte erstellt werden.
1528 Wir setzen uns ein für eine Novellierung des Prüfwesens für die Gemeinden.
1529 Die bürokratischen Mehrfachprüfungen müssen entfallen.

1530 Das Finanzausgleichgesetz (FAG) in Sachsen-Anhalt bedarf aus Sicht der
1531 Linkspartei.PDS dringender Veränderungen. So muss die Disparität
1532 zwischen Aufgabenumfang und die dadurch verursachten Kosten einerseits
1533 und der Finanzausstattung andererseits adäquat aufgelöst werden. Dabei
1534 ist zu prüfen, ob die Höhe der Finanzausgleichsmasse entsprechend den
1535 Grundsätzen des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes zum
1536 Finanzausgleich vom 21.06.2005 ausreichend bemessen ist. Bevor dies
1537 nicht realisiert ist, sind jegliche Einschnitte bei den Kommunal финанzen im
1538 Grundsatz verfassungswidrig. Die Linkspartei.PDS will durch eine
1539 Novellierung des Finanzausgleichgesetzes (FAG) in Sachsen-Anhalt ferner
1540 die Stadt-Umland-Beziehungen zukunftsfähig gestalten. Aus unserer
1541 Perspektive betrifft diese Problematik sowohl Mittel- als auch die
1542 Oberzentren, zumal sie zahlreiche Mehrbelastungen für das Umland tragen
1543 müssen. Dazu gehören die Unterhaltung von Schulen, Krankenhäusern und
1544 Kultureinrichtungen etc.. Weil von diesen Einrichtungen und Institutionen
1545 auch die umliegenden kleinen Gemeinden profitieren, ist für die
1546 entstehende finanzielle Mehrbelastung ein möglichst vollständiger
1547 finanzieller Ausgleich zu schaffen, ohne dabei kleinere Kommunen
1548 substanziell zu schwächen, denn auch sie leisten für die großen Städte
1549 wichtige Umlandfunktionen, so u.a. im touristischen und Naherholungs-
1550 bereich.

1551
1552
1553
1554
1555
1556

1557 **2. Für eine tiefgreifende Funktional-, Verwaltungs- und Kommunale**
1558 **Strukturreform – trotz alledem**

1559

1560 Ab 2007 haben die Kreise, Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt längst
1561 überfällige, wichtige strukturpolitische Entscheidungen zu treffen und
1562 umzusetzen. Die dafür geschaffenen landespolitischen Voraussetzungen sind
1563 schlecht:

1564

1565 Die Linkspartei.PDS verurteilt besonders das Agieren der CDU, die aus partei-
1566 politischem Kalkül die vom Grundsatz her richtigen Strukturreformansätze der 3.
1567 Legislaturperiode zunichte gemacht und bereits zum wiederholten Male nicht
1568 aufeinander abgestimmte Einzelreformansätze durchgesetzt hat.

1569 Diese Politik setzt sich in weiten Teilen in der CDU/SPD-Koalition fort: Die
1570 Akzeptanz der SPD für eine zu kurz gegriffene Kreisgebietsreform ist dafür ebenso
1571 exemplarisch, wie die Koalitionsstreitigkeiten um die flächendeckende Bildung
1572 von Einheitsgemeinden und um die Lösung der Stadt-Umlandprobleme.

1573 Dieses konzeptionslose landespolitische Agieren bleibt bei den kommunalen
1574 Akteuren akzeptanzlos und blockiert die sachliche Bewertung objektiv notwen-
1575 diger Reformschritte. Die sich nunmehr über drei Legislaturperioden streckenden
1576 Diskussionen werden auch weiterhin im kommunalen Bereich wichtige Ressourcen
1577 im Verwaltungs- und Ehrenamtsbereich binden. Dennoch sind weitere Reform-
1578 schritte im kommunalen Bereich alternativlos. Aus diesem Grunde wird sich die
1579 Linkspartei.PDS auch künftig auf der kommunalen und Landesebene konstruktiv
1580 in den Reformprozess einbringen. Wir werden darum ringen, aus der unzuläng-
1581 lichen Reformpolitik des Landes ein Optimum für die Kommunen herauszuholen
1582 und dabei unsere Reformziele immer wieder einfordern auch beim gegenwärtigen
1583 Handeln bereits mitdenken.

1584

1585

1586 **2.1. Zur flächendeckenden Einführung von Einheitsgemeinden gibt es**
1587 **Alternativen**

1588

1589 Die Linkspartei.PDS lässt sich nach wie vor davon leiten, dass insbesondere im
1590 gemeindlichen Bereich demokratische Teilhabe bei der Entscheidung und
1591 Erfüllung der Angelegenheiten von Bürgerinnen und Bürgern erstrebenswert und
1592 möglich ist. Politik und Verwaltung müssen sich daran messen lassen, wie
1593 bürgernah, demokratisch, effizient und sozial gerecht sie zu arbeiten in der Lage
1594 sind. Weder das Modell der Einheitsgemeinde noch das der Verwaltungsgemeinschaft
1595 erfüllen diese Voraussetzungen allein durch die ihnen jeweils
1596 innewohnenden Struktureigenschaften. Entscheidend sind die Akteure vor Ort:
1597 ihre Fähigkeit zum überörtlichen Agieren auf der Grundlage eines ausgeprägten

1598 regionalen Verantwortungsbewusstseins, ihre Fähigkeit zur Herbeiführung
1599 demokratischer Teilhabe sowie zum sozial und ökologisch nachhaltigen Einsatz
1600 der finanziellen Ressourcen. Bei der Bildung von Einheitsgemeinden können
1601 solche Potenziale hinsichtlich eines nachhaltigeren Mitteleinsatzes und
1602 effizienterer Verwaltungsstrukturen erschlossen werden. Einheitsgemeinden
1603 bergen aber auch die Gefahr in sich, ehrenamtliches Engagement zu reduzieren
1604 und die gemeindliche Identifikation zu schmälern. KommunalpolitikerInnen,
1605 welche die Vorteile eines Modells vorurteilsfrei anerkennen, sie bewusst nutzen
1606 und in Kenntnis der Nachteile kommunalpolitisch gegensteuern, werden diesen
1607 Reformprozess positiv für ihre Städte und Gemeinden gestalten können. So ist
1608 auch die flächendeckende Einführung von Einheitsgemeinden nicht zwingend
1609 erforderlich, wenn zwei strukturelle Nachteile der Verwaltungsgemeinschaft von
1610 den Akteuren selbst behoben werden. Deshalb bekräftigt die Linkspartei.PDS
1611 ihren Vorschlag, die Aufgaben von überörtlicher Bedeutung freiwillig in den
1612 Gemeinschaftsausschuss zu übertragen und die Mitgliedsgemeinden auf eine
1613 Anzahl von max. zehn Mitgliedsgemeinden zu begrenzen. Insbesondere für den
1614 ländlichsten Raum unseres Landes könnte dies eine sinnvolle Alternative zur
1615 Einheitsgemeinde darstellen. Dem Vorschlag des Landkreistages, in solchen
1616 Regionen ggf. weitaus kleinere Einheitsgemeinden zu genehmigen, stehen wir
1617 ablehnend gegenüber, da eine annähernd gleiche Leistungs- und Veranstaltungskraft
1618 zur Aufgabenverlagerung und -erfüllung vorauszusetzen sind. Die Linkspartei.PDS
1619 bekräftigt ihre Auffassung, dass unter den genannten Bedingungen
1620 zwei gemeindliche Modelle in Sachsen-Anhalt ihre Berechtigung haben sollten.

1621

1622

1623 **2.2. Kreisgebietsreform 2007 – ein aufwendiger Zwischenschritt**

1624

1625 Für das Land Sachsen-Anhalt bestand die Chance, durch die Bildung von
1626 Regionalkreisen die Voraussetzungen für eine tief greifende Reform aller
1627 politischen und Verwaltungsebenen zu schaffen, diese wurde nicht genutzt. Das
1628 politisch ernüchternde Ergebnis lautet: Kreisgebietsreform wenig nachhaltig. -
1629 Funktionalreform nur begrenzt möglich. - Landesaufbau verharrt in Dreistufigkeit.
1630 Um eine Koalition mit der CDU zu sichern, verzichtete die SPD frühzeitig auf ihren
1631 politisch strategischen Ansatz der Regionalkreisbildung. Damit wurden wichtige
1632 Ressourcen zur Gestaltung einer schlanken, zweistufigen Landesverwaltung sowie
1633 einer orts- und bürgernahen Aufgabenerfüllung durch die Landkreise über weitere
1634 Jahre verspielt. Erneut wurde damit ein Kardinalfehler durch CDU und SPD bei der
1635 Gestaltung des Landesaufbaus begangen, in dessen Folge die Diskussion um die
1636 Kommunalstrukturen bereits vor Eintritt der Kreisgebietsreform weitergehen.
1637 Exemplarisch stehen dafür die Region Anhalt und die Region um Halle.

1638

1639 Die Linkspartei.PDS sieht mittelfristig keine Alternative zur Regionalkreisbildung.
1640 Wir fordern die Landesregierung nachdrücklich auf:

1641

- 1642 • Aktivitäten zur Regionalkreisbildung auf freiwilliger Basis weder rechtlich
1643 noch politisch zu behindern;
- 1644 • unverzüglich die Aufgabenkomplexe zu benennen, die kommunalisiert
1645 werden sollen, um den Kreisen innerhalb des Fusionsprozesses mehr
1646 Planungssicherheit zu gewährleisten;
- 1647 • dem Harzkreis Modellprojekte zur Übernahme von Aufgaben vorzuschlagen,
1648 die einen Regionalzuschnitt voraussetzen;
- 1649 • die Vorbehalte gegen eine regionalkreisähnliche Lösung im Stadt-
1650 Umlandbereich großer kreisfreier Städte - insbesondere in der Region Halle
1651 - aufzugeben;
- 1652 • unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass die Bildung von großen
1653 Einheitsgemeinden im Stadt-Umlandbereich in der Folge nicht zu noch
1654 großflächigeren Eingemeindungen führt, weil durch die objektiven
1655 Interessengegensätze die Pflichtzweckverbände voraussichtlich nicht zur
1656 nachhaltigen Entschärfung der Stadt-Umlandprobleme beitragen;
- 1657 • die Kooperationsbeziehungen zwischen Stadt- und Umlandbereich auf eine
1658 rechtlich sichere Basis zu stellen. Der Verweis auf das Baugesetzbuch ist im
1659 Kreisneugliederungsgrundsätzegesetz nur eingeschränkt anwendbar;
- 1660 • die Fusionen durch eine der Situation angemessene Landespolitik zu
1661 unterstützen. Dazu zählen zeitweise vereinfachte Haushaltsgeneh-
1662 migungsverfahren, ebenso wie ein zeitweiliger Verzicht auf Fachgesetz-
1663 änderungen, sofern die Spitzenverbände dem ausdrücklich widersprechen.

1664

1665

1666 **2.3. Funktionalreform - ein wesentliches Instrument der Demokratisierung** 1667 **und Effizienzsteigerung**

1668

1669 Der Landesverband der Linkspartei.PDS wird sich auch weiterhin für eine
1670 umfassende Funktionalreform auf Landesebene und zwischen den Kommunen
1671 einsetzen, die jedoch insbesondere auf der Kreisebene in weiten Teilen dem
1672 Grundsatz der Effizienz folgend, größere kommunale Strukturen erforderlich
1673 machen würde. Wenngleich zu Beginn dieser Legislaturperiode auch diese
1674 Landesregierung eine „substanzielle Aufgabenverlagerung“ aus der Landesebene
1675 in die Kreise angekündigt, werden wichtige, dem Grundsatz nach kommunali-
1676 sierbare Aufgaben in Teilbereichen oder vollständig in Landeshoheit verbleiben
1677 (müssen). Exemplarisch zeichnet sich das bereits jetzt für den Schulbereich ab.
1678 Unter „substanzieller Aufgabenverlagerung“ versteht die Linkspartei.PDS eine
1679 Kommunalisierung geschlossener Ämterstrukturen der Landesebene - mindestens

1680 jedoch zusammenhängender Aufgabenkomplexe, die ihrem Wesen nach große
1681 Schnittmengen zu kreislichen Entscheidungsprozessen haben. „Substanziell“ sind
1682 Aufgabenverlagerungen nur dann, wenn sie einen zweistufigen Landesaufbau
1683 ermöglichen und das Landesverwaltungsamt als Bündlungsbehörde überflüssig
1684 machen. Mittelfristig müssen aus unserer Sicht jene Aufgaben, die auf der 1.
1685 Tagung des 9. Landesparteitages in Wittenberg beschlossen wurden, kommunali-
1686 siert werden. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Schule, Umwelt, Forst- und
1687 Landwirtschaft, Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht sowie Teile der EU-Förder-
1688 mittelvergaben. Die aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der Landes-
1689 regierung verdeutlichen, dass eine Kommunalisierung von Aufgaben und der
1690 damit einhergehende Machtverlust aus eigener Kraft nicht zu erwarten sind. Die
1691 Linkspartei.PDS erneuert aus diesem Grunde ihre Forderung, den Landtag
1692 unverzüglich in die Diskussionen zur Funktionalreform einzubeziehen.

1693

1694

1695 **2.4. Die Fusionsprozesse demokratisch und transparent gestalten**

1696

1697 Die Linkspartei.PDS wird alle MandatsträgerInnen und KandidatInnen bei der
1698 kommunalpolitischen Einflussnahme auf die Fusionsprozesse der Landkreise aktiv
1699 unterstützen. Zu den politischen Schwerpunkten der gegenwärtigen Aktivitäten
1700 zählen:

1701

1702 • das Durchsetzen und Wahrnehmen der politischen Steuerungsfunktion der
1703 Kreistage bei der Gestaltung des Fusionsprozesses und die Zusammenarbeit
1704 mit den Personalräten, da dieses Feld nicht allein der Verwaltungsspitze
1705 überlassen werden kann;

1706 • die transparente Gestaltung des Fusionsprozesses und die demokratische
1707 Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern auf dem Weg in die neue
1708 kommunale Struktur, da dadurch bereits entscheidende Grundlagen zur
1709 Identifikation mit der Region gelegt werden;

1710 • die konzeptionelle Vorbereitung und die politische Willensbildung zur
1711 sofortigen Ausrichtung der neuen Gebietskörperschaft auf die Entwicklung
1712 von Bürgerkommunen, da neue Strukturen immer auch die Chance für
1713 Leitbilder und Arbeitsweisen in sich bergen;

1714 • die Vorbereitung von Bürgerentscheiden, da Wahlen auf kommunaler Ebene
1715 vom Grundsatz her immer mit Entscheidungen zu wichtigen örtlichen
1716 Angelegenheiten gekoppelt werden sollten;

1717 • die Zusammenarbeit der Kreistagsfraktionen der Linkspartei.PDS und die
1718 darin eingeschlossene regionale Gewinnung und Schulung von Kandi-
1719 datInnen, um das kommunalpolitische Engagement verstärkt regional
1720 auszurichten und öffentlich zu gestalten;

- 1721 • die weitere Steigerung der kommunalpolitischen Kompetenz der Strukturen
1722 der Partei, insbesondere in den neuen regionalen Strukturen.

1723

1724

1725 **Einen wichtigen Schritt hin zur Entwicklung zu Bürgerkommunen werden die**
1726 **neuen Kreisverbände der Linkspartei.PDS in den nächsten Wochen gehen,**
1727 **indem sie unter aktiver Einbeziehung von Wählerinnen und Wählern maßge-**
1728 **schneiderte kommunale Wahlprogramme aufstellen:**

1729

1730 **demokratisch, sozial gerecht, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig!**